

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.**Armutsfestigkeit in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen gewährleisten**

Nachtragshaushalt der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2009 von 24 845 T€ um 1100 T€ auf 25 945 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 23-6 (neu)	Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2009 von 1 100 000 € eingestellt bzw. eine Erhöhung um diesen Betrag vorgenommen.

Begründung:

Die laufenden 300 Bundesergänzungszuweisungs-(BEZ) und 300 Arbeitsgelegenheit-Entgelt(AGH-E)-Stellen werden auf einen armutsfesten Mindestlohn von 1400 € Arbeitnehmerbrutto angehoben (rückwirkend ab 1. Januar 2009). Bis zu einem Arbeitnehmerbrutto von 1200 € ist das bereits finanziert durch die ursprüngliche Planung von Bremen produktiv und integrativ. Die Differenz auf 1400 € (2880 € Arbeitgeberbrutto mehr pro Jahr) muss bei den BEZ zu 25 % vom Land finanziert werden, bei den AGH-E zu 100 %. Die hier zusätzlich eingestellten Mittel werden zum größeren Teil durch Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) refinanziert.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.